



**Neue Perspektiven:  
Friedensförderung und  
Konfliktbearbeitung in  
einer sich wandelnden  
Weltordnung**

Bericht | Februar 2024



Bundeskanzler  
Helmut Schmidt  
Stiftung

**FRIEDRICH  
EBERT**  
**STIFTUNG**

# Zusammen- fassung

In Europa wird Russlands breitflächiger Angriff auf die Ukraine seit Februar 2022 – der erste große zwischenstaatliche Krieg in einer von innerstaatlichen Konflikten geprägten Zeit – oft als historischer Einschnitt für Frieden und Sicherheit oder in den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz als „Zeitenwende“ bezeichnet. Dieser Einschätzung schließt man sich nicht überall auf der Welt an. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar mahnte zum Beispiel: „Europa muss aus der Denkweise herauswachsen, dass Europas Probleme die Probleme der Welt sind“, aber die Probleme der Welt nicht die Probleme Europas. Es werde oft übersehen, dass für weite Teile der Welt politisch ganz andere Prioritäten gelten.

Dieser Bericht beschäftigt sich mit **Perspektiven konfliktbetroffener Länder** auf diese Frage. Er untersucht, wie sich **der anhaltende Krieg Russlands in der Ukraine und aktuelle geopolitische Machtverschiebungen auf globale Konfliktodynamiken sowie internationale Praktiken der Friedensförderung und Konfliktbearbeitung** auswirken: Welche direkten und indirekten Folgen hat der Ukrainekrieg in anderen Ländern der Welt, die selbst von Kriegen und Konflikten betroffen sind? Welche Fehler hat die internationale Friedensförderung in der Vergangenheit gemacht – und welche Fehler drohen sich nun zu wiederholen? Und: Stellt die sich verändernde Weltordnung internationale Praktiken der Friedensförderung vor ganz neue Dilemmata und Realitäten?

Zur Beantwortung dieser Fragen stützt sich der Bericht auf Beiträge der *Global Expert Group on Conflict Resolution and Peacebuilding*. Dieses Netzwerk bringt 13 Vertreter\*innen aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammen, die selbst aus Konflikt- und Postkonfliktländern kommen und in ihren Regionen zu diesen Fragen arbeiten. Der Bericht fasst die Kernthemen ihrer Diskussionen während eines nicht-öffentlichen Präsenzworkshops und einer Videokonferenz zusammen. Diese Ergebnisse werden ergänzt durch Informationen aus Expert\*innen-Interviews, einer umfassenden Auswertung der Forschungsliteratur sowie kurzen „Spotlight“-Essays der Netzwerkmitglieder. Bei aller Unterschiedlichkeit der Analysen und Einschätzungen, die dabei im Einzelnen deutlich wird, lassen sich doch einige allgemeine Erkenntnisse gewinnen und Politikempfehlungen formulieren.

## **Auswirkungen des Ukrainekriegs in Konflikt- und Postkonfliktländern**

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat Auswirkungen in allen Weltregionen. Trotz der Heterogenität dieser Auswirkungen lassen sich hinsichtlich des globalen Konfliktgeschehens und zunehmend miteinander verwobenen „Krisenlandschaften“ dennoch einige Gemeinsamkeiten erkennen.

**1. Blinde Flecken im europäischen Diskurs:** Die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine waren weltweit zu spüren, bringen für viele Konflikt- und Postkonfliktländer aber spezifische Herausforderungen mit sich. Viele dieser Folgen spielen im politischen und öffentlichen Diskurs in Europa kaum eine Rolle oder werden in ihrer Komplexität nicht angemessen eingeschätzt und verstanden. Unter politischen Entscheider\*innen in Europa ist das Bewusstsein für die volle Bandbreite der globalen Folgen ihrer Politik – beispielsweise von Maßnahmen zur Diversifizierung der Energieversorgung – noch nicht ausreichend ausgeprägt. Um das Risiko zu verringern, dass in Europa getroffene Politikentscheidungen Konflikte und Unsicherheit in anderen Weltregionen verschärfen, müssen Kapazitäten für Analyse, Monitoring und Evaluation ausgebaut werden.

**2. Krisenkatalysator statt „Zeitenwende“:** Mit Blick auf seine globalen Folgen stellt sich der Ukrainekrieg eher als Verstärker bestehender Krisen denn als historische Zäsur oder „Zeitenwende“ dar. In vielen Konflikt- und Postkonfliktländern trägt er dazu bei, dass bereits bestehende Krisen sich weiter zuspitzen – wie etwa lokale Gewalt oder die Folgen von strukturellen ökonomischen Ungleichheiten, der Klimakrise oder der Pandemie. Die vielfältigen Interdependenzen dieser Krisen machen auch deutlich, dass Maßnahmen zur Linderung einiger der globalen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine – wie die Schwarzmeer-Getreide-Initiative 2022–2023 – zwar wichtig sind, sich für eine dauerhafte Lösung von Problemen wie Ernährungsunsicherheit jedoch nur sehr bedingt als wirksam erweisen. Um nachhaltige Lösungen für zunehmend miteinander verwobene Krisen zu finden, müssen europäische Entscheider\*innen das Silodenken in einzelnen Politikfeldern weiter aufbrechen und Ressourcen verstärkt über Ressortgrenzen hinaus mobilisieren – auch im Sinne des in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung zentralen Konzepts der integrierten Sicherheit. Neben akuten Konflikttreibern müssen dafür auch strukturelle Konfliktursachen umfassender als bislang ins Visier genommen und Ausgaben nicht nur an kurz-, sondern auch an langfristigen Zielen ausgerichtet werden.

**3. Die Risiken von Ressourcenverlagerungen:** Seit Februar 2022 hat Russlands Krieg in der Ukraine einen großen Teil der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit in Europa absorbiert und andere Krisen und Konflikte, etwa in Afghanistan und Syrien, noch stärker aus

dem Blick geraten lassen als zuvor. Dadurch haben sich die bereits bestehende Gebermüdigkeit sowie Finanzierungslücken in vielen Regionen weiter verschärft. Politik muss Prioritäten setzen und kann nicht überall zur gleichen Zeit handeln – aber auch Nichthandeln ist mit Kosten verbunden. In vielen Konflikt- und Postkonfliktländern ist der Eindruck entstanden, sie hätten den Preis für Europas (legitime) Unterstützung der Ukraine zu zahlen. Das ist ein Brandbeschleuniger für Debatten über die mangelnde Verlässlichkeit Europas. Friedensförderung erfordert sowohl langfristiges Engagement als auch nachhaltige Finanzierung, die auf Bedarfe vor Ort abgestimmt ist. Wer Mittel für Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit kürzt, handelt gegen weltweit steigende Bedarfe in diesen Bereichen. Europäische Entscheider\*innen sollten mindestens sicherstellen, dass die Finanzierungslücken in anderen Weltregionen durch die Unterstützung für die Ukraine nicht noch größer werden.

### **Alte Fehler in der Friedensförderung drohen sich zu wiederholen**

Internationale Friedensförderung hat sich über die Zeit verändert, aber zentrale Dilemmata bleiben bestehen. Erst wenn alte Probleme in Angriff genommen werden, lassen sich neue, nachhaltige und wirkungsvolle Strategien finden, die eine Friedensdividende für die Menschen in Konfliktgesellschaften generieren.

**4. Alte Trends, neue Herausforderungen:** Russlands Angriff auf die Ukraine ist nur einer von vielen Faktoren, die zur Krise der internationalen Friedensförderung beigetragen haben. Expert\*innen schätzen dabei die mittel- bis langfristigen Auswirkungen des Kriegs unterschiedlich ein, insbesondere im Hinblick auf das künftige Agieren der UN in Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Mehrheitlich gehen Expert\*innen jedoch davon aus, dass die UN in absehbarer Zukunft ihre Ambitionen begrenzen und pragmatischere Ziele verfolgen werden – und mahnen eine selbstkritische Überprüfung der Bedeutung von UN-Friedenseinsätzen an.

**5. Geopolitik und Menschenrechte:** Russlands Krieg in der Ukraine steht auch im Kontext einer zunehmend von geopolitischen Interessen bestimmten Friedensförderung auf EU-Ebene, die mehr Gewicht auf die militärische Unterstützung von Drittländern legt. Doch wenn der Aufbau militärischer Kapazitäten, etwa in afrikanischen Partnerländern, in erster Linie den eigenen geopolitischen Zielen der EU dient, besteht die Gefahr, dass lokale Sicherheitsbedürfnisse vernachlässigt werden. Daher muss sichergestellt werden, dass etwa die im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität gelieferte letale Ausrüstung nicht in falsche Hände gerät und zu einer Verschlimmerung der Menschenrechtssituation vor Ort beiträgt. Um solche Risiken zu verringern, sollten europäische Entscheider\*innen Kontroll- und Monitoring-Mechanismen stärken

und dabei auch negative Auswirkungen ihrer Politik auf marginalisierte Gruppen in konfliktbetroffenen Ländern im Blick haben.

**6. (Ausstehende) Lehren der Friedensförderung:** Viele Erkenntnisse aus früheren Einsätzen sind fallspezifisch – es gibt kein Universalrezept für Frieden. Dennoch lassen sich breitere Lehren formulieren: Eine Lösung der aktuellen Krise internationaler Friedensförderung setzt ein grundsätzliches Umdenken der europäischen Politik voraus, bevor Leitlinien oder Projektziele überarbeitet werden. Zu diesem Umdenken gehört, dass Europa seine oft bevormundende Haltung aufgibt; dass Prinzipien wie die Stärkung lokaler Eigenverantwortung nicht nur reine Lippenbekenntnisse bleiben; und dass selbstkritisch reflektiert wird, inwiefern eigenes neokoloniales Verhalten ein Grund für die schwindende Legitimität internationaler Friedensförderung ist. Nicht zuletzt braucht es eine realistischere Einschätzung, was wann und wo von wem erreicht werden kann.

**7. Wiederaufbau der Ukraine:** Da Russlands Angriff auf die Ukraine als zwischenstaatlicher Krieg in einer von innerstaatlichen Konflikten geprägten Zeit eine Ausnahme darstellt, sind die Erkenntnisse aus anderen Wiederaufbaukontexten nur begrenzt auf die Ukraine übertragbar. Einige Erfahrungen aus anderen Konflikten lassen sich dennoch anwenden, etwa wenn es um die Koordinierung internationaler Bemühungen und die Unterstützung von Überlebenden von Kriegsverbrechen geht. Die Erfahrung aus anderen Kriegen zeigt zudem, dass Länder, die die Ukraine mit Waffenlieferungen und mit militärischer Ausrüstung unterstützen, früh konkrete Schritte unternehmen sollten, um Risiken des Missbrauchs und der Umleitung bereitgestellter Waffen zu begrenzen. Dazu gehört die Unterstützung der ukrainischen Regierung bei ihrem Bemühen, die Kapazitäten der eigenen Streitkräfte in der Registrierung und Sicherung gelieferter Waffen zu stärken.

## **Friedensförderung in einer sich wandelnden Weltordnung**

Angesichts der weltweiten Frustration über wahrgenommene Doppelmoral westlicher Länder im Umgang mit Konflikten und über strukturelle Ungleichheiten im multilateralen System ist es an der Zeit, internationale Zusammenarbeit neu zu denken und zu gestalten.

**8. Neue Dilemmata und Realitäten:** Die zukünftige Ausgestaltung der internationalen Friedensförderung wird nicht nur durch die auf Rekordniveau gestiegenen weltweiten Militärausgaben, die Aushöhlung der Rüstungskontrollarchitektur, den Einsatz neuer Technologien in der Kriegsführung oder den Aufstieg „neuer“ Akteure wie etwa China bedingt. Die weltweite Frustration über die wahrgenommene Doppelmoral westlicher Länder im Umgang mit Russlands Krieg in der Ukraine im Vergleich zu ihrem Agieren in anderen Konflikten weltweit wird in Zukunft ein neuer Referenzpunkt für alte Zweifel an der Legitimität

und Glaubwürdigkeit internationaler Friedensförderung sein. Aus Sicht der Expert\*innen aus konfliktbetroffenen Ländern zeigt sich diese Doppelmoral zum Beispiel im unterschiedlichen Umgang mit Geflüchteten und der ungleichen Anwendung von Normen der Konfliktbewältigung. Legitimität und Glaubwürdigkeit internationaler Friedensförderung werden sich nur dann wiederherstellen lassen, wenn sie in Zukunft auf kohärenteren und konsistenteren Prinzipien aufbaut. Dafür müssen europäische Entscheider\*innen die Interessen, die sie mit ihrer Politik verfolgen, und die diesen Interessen zugrundeliegenden geostrategischen Ziele transparenter und ehrlicher kommunizieren.

**9. Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit:** Russlands Angriff auf die Ukraine und die Reaktionen westlicher Staaten darauf machen einmal mehr sichtbar, dass viele Länder des Globalen Südens multilateralen Institutionen wie den UN, dem IWF und der WTO misstrauen, weil sie sie für ineffizient halten und sich nicht adäquat vertreten fühlen. Es liegt im gemeinsamen Interesse vieler Länder des Globalen Südens und des Westens, Ungleichgewichte in multilateralen Institutionen zu beseitigen und gerechtere, für beide Seiten vorteilhaftere Partnerschaften aufzubauen. Die Entscheidungen, die in multilateralen Institutionen getroffen werden, haben Folgen für die Lebensverhältnisse von Menschen auf der ganzen Welt. Länder des Globalen Südens werden sich nur dann für das Fortbestehen dieser Institutionen einsetzen, wenn sich ihre eigenen Interessen und Realitäten darin stärker abbilden. Europäische Regierungen sollten daher ihren Einfluss als wichtige Geber nutzen, sich für eine Reform multilateraler Institutionen einsetzen und deren Handlungsfähigkeit angesichts der globalen Herausforderungen unserer Zeit sicherstellen, indem sie etwa dafür sorgen, dass die Länder des Globalen Südens ein wirksames Mitspracherecht erhalten und gleichberechtigt vertreten werden.

## / Die Global Expert Group on Conflict Resolution and Peacebuilding



**Catalina Niño**  
Direktorin des regionalen Sicherheitsprojekts der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika, Kolumbien



**Joseph Daher**  
Visiting Professor an der Universität Lausanne; Visiting Professor am European University Institute, Syrien



**Donika Emini**  
Geschäftsführerin der CiviKos-Plattform, Kosovo



**Lidet Tadesse Shiferaw**  
Stellvertretende Direktorin des Peaceful Societies and Accountable Governance Clusters, European Centre for Development Policy Management (ECDPM), Äthiopien



**Hafsa Maalim**  
Associate Senior Researcher am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Kenia



**Liza Gashi**  
Stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und Diaspora, Kosovo



**Happymon Jacob**  
Associate Professor für Diplomatie und Abrüstung an der Jawaharlal Nehru University, Indien



**Luka Biong Deng Kuol**  
Adjunct Professor am Institute of Peace, Development, and Security Studies, University of Juba, Südsudan



**Jennifer Santiago Oreta**  
Assistant Professor am Institut für Politikwissenschaft und Direktorin der Ateneo Initiative for Southeast Asian Studies (AISEAS), Ateneo de Manila University, Philippinen



**Tatjana Milovanović**  
Programmdirektorin am Post-Conflict Research Center; stellvertretende Chefredakteurin von Balkan Diskurs, Bosnien und Herzegowina



## / Autorinnen und Kommentare



**Velma Šarić**  
Gründerin und Präsidentin des  
Post-Conflict Research Center;  
Gründerin und Chefredakteurin  
von Balkan Diskurs, Bosnien  
und Herzegowina



**Julia Strasheim**  
Stellvertretende Geschäftsführerin  
und Programmleiterin Europa  
und internationale Politik,  
Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-  
Stiftung (BKHS)



**Viviana García Pinzón**  
Senior Researcher am  
Arnold-Bergstraesser-Institut,  
Kolumbien



**Kirsten Hartmann**  
Wissenschaftliche Assistenz,  
Programmlinie Europa und inter-  
nationale Politik, Bundeskanzler-  
Helmut-Schmidt-Stiftung (BKHS)



**Zarifa Ghafari**  
Aktivistin und Politikerin;  
ehemalige Bürgermeisterin von  
Maidan Schar, Afghanistan



**Tina Blohm**  
Referentin für Frieden und  
Sicherheit, Referat Globale und  
Europäische Politik, Abteilung  
Internationale Zusammenarbeit,  
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)